



## **Iran: Stoppt die Unterdrückung von Bildungsgewerkschaftern**

Am 12. Oktober 2024 gab der Anwalt von Mohammad Habibi, Sprecher der Vereinigung der Lehrerinnen und Lehrer des Iran, bekannt, dass das Berufungsgericht in Teheran die Entscheidung des Revolutionsgerichts in Shahryar bestätigt hatte. So wurde Mohammad Habibi am 5. November Strafvollzugspol in Shahryar vorgeladen. Nachdem er dort mit seinem Anwalt erschienen war, wurde er am 11. November festgenommen und in das Evin-Gefängnis in Teheran überführt.

Die Verurteilung zu sechs Monaten und einen Tag wegen Propaganda gegen das Regime steht in Wirklichkeit im Zusammenhang mit ihren Protesten gegen Vergiftungen in Schulen, insbesondere in Mädchenschulen. Sie sind Teil von Maßnahmen, die darauf abzielen, Aktivisten für Gerechtigkeit und politische Transparenz zum Schweigen zu bringen.

Die Vergiftungen begannen Ende November 2022 und intensivierten sich im Frühjahr 2023. Sie lösten Besorgnis und verschiedene Vermutungen aus, die von systemischer Frauenfeindlichkeit bis hin zu einer kollektiven Psychose reichten. Die Regierung ignorierte den Einsatz giftiger Substanzen gegen die Bildung von Mädchen und lehnte unabhängige Untersuchungen ab. Es folgten verwirrende Verhaftungen und Geständnisse, die vom Regime den Feinden des Iran oder einer Massenhysterie zugeschrieben wurden. Diese Ereignisse werfen jedoch Fragen nach möglichen Verbindungen zwischen dem Regime und religiösem Extremismus auf und machen die Regierung in den Augen von Aktivisten und der Öffentlichkeit verantwortlich.

Mohammad Habibi und seine Kollegen sind der Ansicht, dass Gewerkschafter die Forderungen der Lehrer unterstützen und die Rechte der Schüler verteidigen sollten. Sie sind der Meinung, dass die Proteste der Lehrer ein allgemeines Leiden widerspiegeln und zu mehr Protesten führen könnten. Aus diesem Grund werden Dutzende Lehrer inhaftiert und Hunderte entlassen, weil sie die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ unterstützen. Das Regime will so durch die Inhaftierung von Gewerkschaftsaktivisten weitere Massenbewegungen verhindern.

Mohsen Omrani, Vorstandsmitglied der Lehrervereinigung von Buschehr, begann am 11. November 2024 eine sechsmonatige Haftstrafe abzusitzen. Der Lehrer, der aus wirtschaftlicher Not zum Straßenverkäufer wurde, war nach dem Jina-Aufstand verschiedenen Repressionen ausgesetzt, wie Entlassungen, Inhaftierungen und Geldstrafen.

Als Verteidiger der Rechte von Kindern und Frauen spricht Mohsen Omrani von Unterricht

in der Muttersprache als einem Grundrecht. Vor seiner Inhaftierung setzte er sich für Massenbeitritte in Berufsverbände ein, da er der Meinung ist, dass der Zusammenschluss für die Erreichung ihrer Ziele entscheidend ist.

Unsere Gewerkschaften prangern die Schikanierung von Gewerkschaftern im Iran an und setzen sich dafür ein, dass die iranische Regierung die Grundfreiheiten, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, respektiert.

Angesichts der Auswüchse dieses Regimes ist die internationale Solidarität mehr denn je unerlässlich.

### **Sofortige Freilassung von Gewerkschaftern und Gewissensgefangenen im Iran!**

Confederation fran<sup>a</sup>aise democratique du travail (CFDT -  
Französische Demokratische Konföderation der Arbeit) Confederation  
generale du travail (CGT - Allgemeine Konföderation der Arbeit)  
Federation syndicale unitaire (FSU)  
Union syndicale Solidaires (Solidarische Gewerkschaft)  
Nationale Union der autonomen Gewerkschaften (UNSA)

*Paris, den 10.01.2025*